



Bezirk Niedersachsen
und Sachsen-Anhalt

„Gute Arbeit muss drin sein“

1. Mai 2008

1. Mai-Veranstaltung des DGB
in Braunschweig

Hartmut Meine,
IG Metall-Bezirksleiter
in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt

(Es gilt das gesprochene Wort)

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
wir stehen heute am 1. Mai auf dem Braunschweiger Burgplatz, um als
Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter für unsere Interessen Flagge zu zeigen.

Es ist erfreulich, dass in der letzten Zeit wieder über die Kluft zwischen Armut
und Reichtum in Deutschland gesprochen wird. Jeder spürt es, die Schere
zwischen Arm und Reich geht weiter auseinander. Aber die wenigsten wissen um
die tatsächlichen Ausmaße. Es ist keine Floskel, wenn wir als
Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sagen: Die Reichen werden immer
reicher und die Armen werden immer ärmer!

Es gibt hier in Braunschweig mehrere Orte,
an denen Arm und Reich aufeinander treffen.
Es gibt hier in Braunschweig mehrere Filialen eines Unternehmens,
bei dem wir alle schon einmal gekauft haben,
bei dem Normalverdiener und
ärmere Leute regelmäßig einkaufen und
nach Schnäppchen suchen.
Filialen gibt es in der City in der Wilhelmstraße, im Siegfried-Viertel, im
Mittelweg, aber auch am Ring am Madamenweg. Niemandem ist bewusst, dass
die Filialen dieses Unternehmens dem reichsten Mann Deutschlands gehören. Er
heißt Theodor Albrecht und ist der Besitzer von Aldi-Nord.

Das Vermögen von Theodor Albrecht ist so hoch, dass es sich hier auf dem Platz
sicherlich keiner vorstellen kann.
Deshalb will ich es mit einem Bild veranschaulichen:
Stellt euch vor, ihr stapelt 100 Euro-Scheine.
Wenn ihr bei einem Zentimeter angekommen seid,
sind das 10.000 Euro.
Die Höhe des Brockens entspricht 1 Milliarde Euro.
Das Vermögen von Theodor Albrecht wäre nach diesem Beispiel doppelt so hoch
wie der Mount Everest:
16.000 Meter. Denn Theodor Albrecht besitzt 16 Milliarden Euro. Eine
unvorstellbar hohe Summe.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
kann mir irgendjemand erzählen, warum Theodor Albrecht mit seinen 16
Milliarden nicht in der Lage sein soll, Vermögenssteuer zu zahlen?

Die Kohl-Regierung und die Schröder-Regierung haben die Vermögenssteuer
abgeschafft. Die Reichen massiv entlastet, während sie gleichzeitig den armen
Menschen in die Tasche gefasst haben.
Ich glaube, ich spreche in aller euer Namen, wenn ich sehr deutlich in Richtung
CDU und SPD fordere:
Die Vermögenssteuer muss wieder erhoben werden. Wir sagen, dass die reichen
Menschen in dieser Gesellschaft ihren Beitrag zu einem Sozialwesen leisten
müssen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
es ist erfreulich, dass in der letzten Zeit offen über die Höhe der Managergehälter
gesprochen wird. Seit einigen Jahren sind die großen Aktienunternehmen

verpflichtet, die Gehälter der einzelnen Manager offen zu legen. Spitzenreiter ist seit vielen Jahren Josef Ackermann, der Boss der Deutschen Bank.

Er erhält im Jahr sage und schreibe 14,3 Millionen Euro.

Auch das ist für uns schwer vorstellbar.

Unterstellen wir einmal, dass Herr Ackermann pro Woche 60 Stunden arbeitet, dann hat er einen Stundenentgelt von über 4.500 Euro.

Nun ist es klar, dass ein Vorstandsvorsitzender eines großen Unternehmens mehr verdienen soll, als ein Durchschnittsverdiener.

Ich frage allerdings,

ist es zu vertreten und akzeptabel, dass Herr Ackermann in einer Stunde mehr verdient als ein Diplomingenieur bei Siemens hier in Braunschweig pro Monat?

Ich frage euch,

ist es im Sinne einer solidarischen Gesellschaft, dass die rot-grüne Regierung vor wenigen Jahren die Spitzensteuersätze von 52 Prozent auf 43 Prozent gesenkt hat und Menschen wie Josef Ackermann dadurch steuerlich massiv entlastet hat?

Ich frage weiter,

ist es akzeptabel, dass ein Manager wie Klaus Zumwinkel, der im Jahr über 4 Millionen Euro verdiente, ein Großteil seiner Millionen am Finanzamt vorbei rechtswidrig in die Steueroase Lichtenstein gebracht hat?

Angesichts dieser Unverfrorenheit der Top-Manager ist es doch nur konsequent, wenn wir die Forderung aufstellen, den Spitzensteuersatz wieder zu erhöhen, damit auch Spitzenverdiener ihren Beitrag für unser Gemeinwesen leisten.

Angesichts dieser Machenschaften müssen wir darauf dringen, dass die Steuergesetze gerade bei den Reichen genauer geprüft werden und eine Steuerflucht in Steueroasen unterbunden wird.

Menschen wie Ackermann und Zumwinkel müssen tun, was alle tun: Monatlich ihre Steuern zahlen zur Finanzierung unseres Gemeinwesens!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

gucken wir auf die andere Seite des Spektrums von Arm und Reich. Vor wenigen Tagen wurde eine Studie veröffentlicht, aus der hervorging, dass über 20 Prozent der Beschäftigten zu Niedriglöhnen arbeiten. Als Niedriglohn gilt in

Westdeutschland ein Stundenlohn von 9,61 Euro und weniger. Sage und schreibe 6,6 Millionen Menschen arbeiten in Deutschland für Stundenlöhne unterhalb von 9,61 Euro. Die Zahl nimmt ständig zu. Aus diesem Grunde,

Kolleginnen und Kollegen,

ist es nur konsequent, wenn wir uns als Gewerkschaften für einen Mindestlohn einsetzen, der einen halbwegs akzeptablen Lebensstandard ermöglicht.

Aus diesem Grunde werden wir nicht nachlassen, auf die Einführung eines Mindestlohns von mindestens 7,50 Euro pro Stunde zu drängen. Es ist ein Skandal, dass die Wirtschaftsverbände, aber auch die CDU in Berlin, gegen eine solche Mindestabsicherung zu Felde zieht. Wir sagen der CDU: machen Sie in Berlin den Weg frei für einen Mindestlohn von 7,50 Euro!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

euch ist allen bekannt, dass durch die Agenda 2010 der rot-grünen Regierung die Situation der Ärmsten in dieser Gesellschaft überwiegend verschlechtert wurde - insbesondere derjenigen, die nach langjähriger Tätigkeit arbeitslos werden.

Menschen, die Jahrzehnte gearbeitet haben und Jahrzehnte in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben, werden im Falle der Arbeitslosigkeit

nach 12 bzw. nach 18 Monaten auf das sogenannte Arbeitslosengeld II heruntergeschruppt und nur für die Älteren konnte, eine Frist von 24 Monaten nachträglich sichergestellt werden.

Arbeitslosengeld II heißt 347 Euro pro Monat plus Warmmiete. Zum 1. Juli soll dies sage und schreibe auf 351 Euro erhöht werden. Für Nahrung und Getränke ist ein Wert von 127 Euro angesetzt. Das heißt, 4,24 Euro für Frühstück, Mittag und Abendbrot. Wie gesagt Herr Ackermann hat 4.500 Euro die Stunde!

Kolleginnen und Kollegen,
die Festsetzung von Arbeitslosengeld II in Höhe von 347 Euro ist und bleibt ein Skandal und wir fordern als Gewerkschaften zusammen mit den Sozialverbänden eine deutliche Erhöhung der ALG II Sätze. Es darf nicht sein, dass im Falle von Arbeitslosengeld-Bezug angespartes Vermögen gegen gerechnet wird. Es darf nicht sein, dass Menschen, wenn sie ALG II beziehen, aus ihrer Wohnung ausziehen müssen. Dies werden wir als Gewerkschaften, als Sozialverbände, niemals akzeptieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
es gibt eine weitere tickende Zeitbombe, die jetzt noch gar nicht spürbar ist. Das ist die radikale Senkung der Alterseinkommen und der Renten. Jetzt hat man angesichts des Aufschwungs eine geplante Rentenerhöhung vorgezogen, um sage und schreibe ein Prozent; und es gibt jetzt schon etliche die sagen, dies wäre der falsche Weg. Diese angekündigte Rentenerhöhung ändert nichts daran, dass das Rentenniveau in den nächsten Jahren dramatisch absinken wird. Deswegen finde ich es auch gut, dass vor wenigen Wochen hier in Braunschweig 2000 Rentnerinnen und Rentner für eine gute Altersvorsorge demonstriert haben. Das Leitbild der Gewerkschaften ist: Wir wollen gesund in Rente gehen und im letzten Lebensabschnitt auch auskömmliche Renten haben, so dass wir dort einen guten Lebensabend verbringen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
lasst mich etwas zur konkreten Situation in den Betrieben sagen. Die wirtschaftliche Situation der meisten Betriebe ist gut. Sie sind gut ausgelastet. Man kann schon fast von einem Aufschwung reden. Ich höre von immer mehr Betrieben, in denen rund um die Uhr gearbeitet wird, wo 18, 19, 20, 21 Schichten pro Woche von den Kolleginnen und Kollegen abgeleistet werden müssen. Ich kenne hier in Braunschweig Betriebe, wo viele Beschäftigte in der Produktion nur noch jedes zweite Wochenende komplett frei haben und ansonsten entweder eine Samstags- oder Sonntagsschicht fahren müssen. Viele Beschäftigte - auch hier in Braunschweig - arbeiten am Limit. Dies liegt einerseits an der guten Auftragslage, die wir alle befürworten. Aber es liegt vor allem daran, dass die Arbeitgeber nicht genügend Personal einstellen. Mein Appell an die Arbeitgeber in Deutschland, in Niedersachsen und in Braunschweig:
Angesichts der guten Auftragslage und vor dem Hintergrund von 3,5 Millionen Arbeitslosen fordern wir sie auf:
Stellt endlich ein!
Stellt Arbeitslose und junge Menschen endlich in den Betrieben ein. Arbeit ist genug da!

Das Motto unserer heutigen Mai-Veranstaltung lautet:
„Gute Arbeit muss drin sein“.

Wir stellen fest, dass viele Arbeitgeber keine regulären Arbeitsverhältnisse schaffen, sondern nur Befristete oder Leiharbeiter einstellen. Wenn jemand befristet eingestellt wird, lebt er über Monate hinweg in der Unwissenheit, ob er übernommen wird und ob er eine sichere Perspektive hat. Er lebt über Monate in einer Situation, in der er bei einer Bank keinen Kredit bekommt, oder er bekommt einen Job als Leiharbeiter zu deutlich niedrigeren Tarifen als die Stammebelegschaft. Wenn wir als Gewerkschafter sagen, „Gute Arbeit muss drin sein“, dann meinen wir, Kolleginnen und Kollegen, nicht befristete Arbeit oder Leiharbeit. Unter guter Arbeit für Alle verstehen wir ein unbefristetes Arbeitsverhältnis zu Tarifbedingungen, mit einem ordentlichen Monatseinkommen, mit Urlaubsgeld, mit Weihnachtsgeld, mit 30 Tagen Urlaub und mit 6 Wochen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Zu guter Arbeit gehört aber auch die Möglichkeit, nach einem langen Arbeitsleben gesund in Rente gehen zu können und eine auskömmliche Rente zu bekommen. Das ist unser Leitbild für eine menschliche Arbeitswelt und eine menschliche Gesellschaft. Dafür werden wir weiter streiten und kämpfen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die schwarz-rote Regierung in Berlin hat im letzten Jahr gegen den heftigen Widerstand der Gewerkschaften die Rente mit 67 eingeführt. Wir haben es vielfach kritisiert, ich will es aber hier am 1. Mai in Braunschweig auf dem Burgplatz noch einmal deutlich machen: „Die Berliner Politiker, die die Rente mit 67 beschlossen haben, haben keine, aber auch gar keine Ahnung von den realen Belastungen in den Betrieben. Ein Schichtarbeiter, der hier bei Volkswagen Braunschweig im Dreischichtbetrieb am Fließband Achsen montiert, hält dies nicht aus bis zum 63. und schon gar nicht bis zum 67. Lebensjahr. Das gilt genauso für viele, viele andere Beschäftigtengruppen, die unter hohen körperlichen und psychischen Belastungen arbeiten müssen. Das gilt für die Stahlarbeiter in Salzgitter genauso, wie für die Nachtschwester im Krankenhaus. Das gilt für Briefträger, die bei Wind und Wetter arbeiten müssen und kurz vor einem Streik stehen. Wir erklären hier heute sehr deutlich in Richtung Berlin: Die Gewerkschaften, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, werden eine Heraufsetzung des Rentenalters auf 67 nicht akzeptieren.

Jetzt kommt noch hinzu, dass die geförderte Altersteilzeit ab dem Jahre 2010 gestrichen werden soll. Bisher war es möglich, dass viele Kolleginnen und Kollegen beispielsweise mit 57 einen Altersteilzeitvertrag unterschrieben haben, mit 63 in Rente gegangen sind, aber schon mit 60 Jahren in die Freistellungsphase der Altersteilzeit gegangen sind. Dies soll abgeschafft werden und ich will es sehr konkret machen:

Alle, die hier auf dem Platz stehen
 und die 53 Jahre oder jünger sind,
 genauer gesagt,
 Jahrgang 1955 oder jünger sind,
 ihr alle,
 Kolleginnen und Kollegen,
 müsst nach den geltenden Gesetzen der schwarz-roten Regierung mindestens bis
 63 arbeiten. Es gibt keine Möglichkeit, vorher aus dem Betrieb auszusteigen.
 Und wenn ihr mit 63 rausgeht, habt ihr je nach Alter auch noch Rentenabschläge
 zwischen 9 und 14 Prozent zu verkraften.

Deswegen tritt die IG Metall, treten die Gewerkschaften im DGB, für eine
 Verlängerung der geförderten Altersteilzeit ein - auch für die Jahrgänge 1955 und
 jünger. Ging bisher jemand in Altersteilzeit, wurde dies durch die Bundesagentur
 für Arbeit dann gefördert, wenn ein junger Auszubildender auf den freiwerdenden
 Arbeitsplatz nachrückte. Diese Regelung will insbesondere die CDU nicht mehr
 fortführen. Das heißt, auch für die Jüngeren hier auf dem Platz, für die
 Auszubildenden, ist dies ein Thema:
 Wenn die Altersteilzeit fällt, steht die Frage der Übernahme der Auszubildenden
 nach Ende der Ausbildung in Frage. Altersteilzeit ist eine Beschäftigungsbrücke:
 Alt für Jung.

Der ehemalige Arbeitsminister der SPD, Franz Müntefering hat sich über Jahre
 hinweg gegen die Altersteilzeit ausgesprochen. Die Proteste der IG Metall haben
 bei der SPD etwas bewirkt. Der neue Arbeitsminister, Olaf Scholz, erklärt sich
 jetzt für die Altersteilzeit. Doch nun blockiert die CDU in Berlin.

Wir fordern die CDU auf, wir fordern die Bundeskanzlerin Angela Merkel auf
 und den Vize-Vorsitzenden der CDU, Christian Wulff, auf: Die Altersteilzeit
 muss bleiben, sonst Frau Merkel, sonst Herr Wulff, kriegt ihr richtig Ärger mit
 uns.

Auch die Arbeitgeber profitieren von der Altersteilzeit, haben es aber versäumt,
 mit uns zusammen auf die Bundesregierung einzuwirken. Deswegen haben wir in
 der Metallindustrie die Tarifverträge zur Altersteilzeit gekündigt und haben erste
 Tarifverhandlungen mit den Arbeitgebern zur Altersteilzeit geführt.
 Den Arbeitgebern sagen wir,
 entweder ihr streitet gemeinsam mit uns für die Fortsetzung der geförderten
 Altersteilzeit oder ihr müsst die Altersteilzeit selber bezahlen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
 Volkswagen ist der größte Arbeitgeber der Stadt. Die Arbeitsplätze bei
 Volkswagen und bei VW Financial Service sind das Rückgrat des
 Braunschweiger Arbeitsmarktes. Diese Arbeitsplätze werden durch die
 Tarifverträge der IG Metall, aber auch durch das sogenannte VW-Gesetz
 geschützt. Nun hat der europäische Gerichtshof gegen den Widerstand der IG
 Metall und der Betriebsräte bei Volkswagen Teile des VW-Gesetzes gekippt. Ich
 betone, Teile des VW-Gesetzes. Wir fordern als IG Metall ein neues
 europarechtskonformes VW-Gesetz, in dem mehrere Bestimmungen, die von
 Brüssel nicht moniert worden sind, erhalten bleiben müssen. Die wichtigste ist die
 Bestimmung, dass bei Volkswagen kein Standort geschlossen werden darf, wenn

nicht Zweidrittel des Aufsichtsrates dem zugestimmt haben. Diese Bestimmung muss das Herz des neuen Volkswagen-Gesetzes sein. Die SPD-Minister in der großen Koalition unterstützen diese Forderung der IG Metall und der Betriebsräte und haben einen entsprechenden Eckpunkteentwurf vorgelegt.

Auch der Niedersächsische Ministerpräsident Wulff unterstützt uns in dieser Forderung. Es ist allerdings ein Skandal, dass Ministerpräsidenten aus Süddeutschland, wie Herr Beckstein und Herr Oettinger, sich gegen ein neues VW-Gesetz aussprechen. Es ist nicht akzeptabel, dass der CSU-Wirtschaftsminister Glos dagegen spricht und ich kann es auch nicht verstehen, wenn ein Herr Wendelin Wiedeking, der Vorstandsvorsitzende von Porsche ist, sich öffentlich gegen das VW-Gesetz ausspricht. Porsche und Wiedeking wollen offensichtlich bei Volkswagen schalten und walten wies gefällt. Schutzbestimmungen sind ihnen ein Dorn im Auge.

Ich sage hier im Namen aller Volkswagen-Beschäftigten, die hier auf dem Platz sind: Gerade angesichts der bevorstehenden Machtübernahme von Porsche bei Volkswagen, brauchen wir ein VW-Gesetz, das die Standorte und auch den Braunschweiger Standort absichert. Die IG Metall streitet weiter für sichere Arbeitsplätze bei Volkswagen und ein neues VW-Gesetz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
unsere Autos werden in den Fabriken zu den Bedingungen von guten Tarifverträgen der IG Metall produziert. In zahlreichen Autohäusern, in denen wir unsere Autos kaufen und in zahlreichen Autowerkstätten, in denen wir unsere Autos reparieren lassen, werden allerdings die Tarifverträge des Kfz-Handwerks nicht angewendet. Die Arbeitgeber im Kfz-Handwerk, also der Autohäuser und Autowerkstätten, haben bundesweit alle Tarifverträge gekündigt und wollen aus den Tarifverträgen aussteigen. An der Spitze stehen die niedersächsischen Arbeitgeber. Uns ist es gelungen, für einen Teilbereich einen Tarifabschluss zu erzielen. Dieser Tarifvertrag gilt für 450 Kfz-Betriebe in ganz Niedersachsen. Eine Großzahl der Betriebe - auch hier in Braunschweig - weigert sich, Tarifverträge abzuschließen. Besonders dreist verhält sich das Autohaus Voets. Voets lehnt Verhandlungen mit der IG Metall an allen 15 Standorten ab, auch hier in Braunschweig. Mehr als 1000 Beschäftigte sind davon betroffen, für die die ausgehandelten Tarifverträge im Kfz-Handwerk nicht gelten. Ich warne alle Autohäuser und namentlich das Autohaus Voets hier in Braunschweig, diesen Kurs fortzusetzen.

Die IG Metall wird in wenigen Wochen ein Schwarzbuch auf den Markt bringen, in dem alle Autohäuser und Autowerkstätten, die sich nicht an Tarifverträge halten, namentlich aufgeführt sind. Und wir werden unsere Kolleginnen und Kollegen auffordern, nur dort Autos zu kaufen, nur dort Autos reparieren zu lassen, wo die Tarifverträge der IG Metall gelten. Und das soll sich gefälligst der Geschäftsführer der Firma Voets, Herr Krecklenberg, hinter die Ohren schreiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
lasst mich zum Schluss noch einen Aspekt ansprechen, der mir besonders am Herzen liegt.

Vor genau 75 Jahren, am 2. Mai 1933, wurden bundesweit alle Gewerkschaftshäuser von den Nazis besetzt. Hier in Braunschweig und in Hannover wurden die Gewerkschaftshäuser sogar schon eher besetzt. Bundesweit

wurden 1933 - also vor 75 Jahren - Gewerkschafter verhaftet, das Gewerkschaftsvermögen eingezogen, die Betätigung von frei gewählten Betriebsräten und Vertrauensleuten im Betrieb untersagt und viele aktive Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wurden inhaftiert, in KZs gesteckt und einige von ihnen wurden brutal ermordet.

Wir erinnern heute, nach 75 Jahren, an die Machtübertragung an die NSDAP und Adolf Hitler. Millionen ermordete Juden und Millionen Menschen, die im Zweiten Weltkrieg zu Tode kamen, mahnen uns, dass wir alles, aber auch alles tun müssen, damit sich der Naziterror nicht wiederholt. Ich sage dies auch vor dem Hintergrund der ständig zunehmenden Aktivitäten der NPD und der schwarzen Kameradschaften.

Als Gewerkschaften, und ich sage das sehr deutlich und sehr unmissverständlich, sprechen wir uns für ein Verbot der NPD aus. Dies ist nicht das alleinige Mittel gegen den neuen Rechtsextremismus, aber es wäre ein Schritt in die richtige Richtung, mit dem auch Veranstaltungen der NPD verhindert werden können. Wir stehen hier als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, als Demokraten, die für eine Gesellschaftsform eintreten, die nichts aber auch gar nichts mit dem rassistischen, nationalistischen und ausländerfeindlichen Gedankengut der NPD zu tun hat.

Wir stehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, für eine humane und solidarische Gesellschaft, eine Gesellschaft, die gute Arbeit und ein gutes Leben für alle ermöglicht. Eine Gesellschaft, in der wir als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter kämpfen und streiten für die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Wir stehen hier für eine Gesellschaft, um es mit dem Schriftsteller Stephan Heim zu formulieren: „In der Herz und Verstand mehr zählen als der Ellenbogen“.

Dafür stehen wir hier heute in Braunschweig auf dem Burgplatz, dafür stehen heute tausende Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in Deutschland und in aller Welt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
ich danke für eure Aufmerksamkeit!